

Sozialstruktur, Ungleichheit und Plurikulturalität

Edwin Murillo Amaris / Yamid Gabriel Lozano Torres

Einleitung

Das heutige Kolumbien wurde seit Ankunft der spanischen Eroberer, die auf zahlreiche dort lebende indigene Völker trafen, von einer Vielzahl verschiedener Ethnien besiedelt.

Angefangen mit den Mestizen (Nachfahren von Spaniern und Indigenen) und Kreolen (in Lateinamerika geborene Nachfahren der Europäer) über die Mulatten (Nachfahren von Weißen und Menschen afrikanischer Abstammung) nahm die Zahl der Ethnien beständig zu. Die Phasen der Eroberung und Kolonisierung ermöglichten die Ankunft verschiedener europäischer Gruppen, vor allem Spanier, Italiener, Deutsche und in geringerem Maße Franzosen. Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts kam es zur Aufnahme weiterer Einwanderer; vor allem nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg gelangten zahlreiche Menschen aus dem Mittleren Osten und Asien (Araber, Libanesen, Türken, Chinesen, Japaner, Koreaner) nach Kolumbien.

Die Art, wie die gesellschaftlichen und politischen Eliten sich über das nationale Territorium ausbreiteten, und die soziale Ausgrenzung, die sie in dem Maße schufen, wie sie sich großer Flächen des Landes bemächtigten und die politische und ökonomische Macht in ihrem Sinne instrumentalisieren, führten – zusammen mit der Herausbildung eines starken Zweiparteiensystems (Konservative und Liberale) während des 19. und großen Teilen des 20. Jahrhunderts – zu einem erheblichen Ausmaß an Ungleichheit, Diskriminierung und sozialer Ungerechtigkeit.

Obwohl zahlreiche Gruppen zu unterschiedlichen Zeitpunkten und unter diversen Umständen nach Kolumbien kamen, sprechen wir nicht von einer Vielfalt der Kulturen, die ihre Wesenszüge bewahrt haben und identitätsbezogene Dynamiken im weiten territorialen Spektrum des Landes bilden, sondern davon, dass die Eigenschaften jeder Gruppe über die Familie oder kleine Familienverbände bewahrt worden sind, die die Vielfalt

und Verschiedenartigkeit als Faktoren des Pluralen garantieren. Eine der größten Herausforderungen für die kolumbianische Gesellschaft besteht darin, trotz der Verschiedenheiten und Ungleichheiten gemeinschaftliche Bindungen einzugehen.

Dies hat im Falle des heutigen Kolumbiens nicht zuletzt mit der Wiederherstellung sozialer Beziehungen zu tun, die durch den bewaffneten Konflikt, unter dem das Land mehr als ein halbes Jahrhundert lang gelitten hat, verloren gegangen oder beschädigt worden sind. Die Folgen des bewaffneten Konflikts haben nicht nur direkte Auswirkungen auf die öffentliche Sicherheit und Ordnung, sondern sie wirken sich auch auf andere Bereiche wie die Wirtschaft, die Gesundheit, die Bildung, die Entwicklung der Regionen und die Struktur des gesellschaftlichen Lebens aus.

Eine Analyse der kolumbianischen Sozialstruktur erfordert eine historische Perspektive, die neben ethnischen Faktoren und den Auswirkungen der internen und internationalen Mobilität der gesellschaftlichen Gruppen auch die sozioökonomischen und politischen Begleitumstände des bewaffneten Konfliktes berücksichtigt.

Pluralismus und Sozialstruktur in historischer Perspektive

1499 unternahm Alonso de Ojeda seine zweite Reise nach Amerika. Die Fahrt ging auf die Initiative der Katholischen Könige zurück, die Berichten über angeblich unermessliche Reichtümer in der "Neuen Welt" nachgehen wollten (Irving 1864: 14-26). Ein Ergebnis dieser Expedition war die "Entdeckung" der Küste des amerikanischen Kontinents, genauer gesagt des Abschnitts, der heute die kolumbianische und venezolanische Karibikküste darstellt. Kaum war der Seeweg bekannt, ließen sich die ersten europäischen Konquistadoren an der kolumbianischen Küste nieder und begannen, ein frühes Kolonialmodell zu errichten. Dieses erste Modell der Kolonialisierung beruhte auf der Gründung kleiner Siedlungen mit dem Ziel, die in der Gegend lebenden indigenen Völker oder Gemeinschaften auszurauben und zu versklaven. Die massive, systematische Gewalt, mit der die Spanier gegen die indigene Bevölkerung vorgehen, führte zu einer signifikanten Reduzierung der Ureinwohner. Später kam es zur Gründung von Städten wie Santa Marta (1525) oder Cartagena (1533), Zentren der damaligen kolonialen Entwicklung mit großen Auswirkungen auf die Sozialstruktur (Gamboa 2013). Das Vorfinden eines Territoriums, das von

einer indigenen Sozialstruktur gekennzeichnet war, und das Errichten von Zentren der politischen und ökonomischen Macht in den neuen Kolonialstädten bildeten die Basis der pyramidalen Sozialstruktur, bei der die Spanier als “Herren” die Spitze einnahmen. Es entstand die sogenannte “kreolische Klasse” (Nachfahren der in Amerika geborenen Spanier), und in kurzer Zeit tauchten – als Folge der Vermischung – die neuen Bevölkerungsgruppen der Mestizen und Mulatten auf.

Doch die Mischung der Ethnien war nicht nur der Beginn der Definition neuer Bevölkerungsgruppen, sondern verlangte eine sozioökonomische und politische Positionierung, die mit Variablen zu tun hatte, die von der Abstammung über den Besitz von Land und Kapital und die Art der Arbeit bis hin zur Kontrolle der politischen Macht reichten. Beispielsweise waren zuerst die Spanier die “Herren”, dann ging der Besitz in die Hände der Kreolen über, während die indigene, afrikanischstämmige, mestizische und mulattische Bevölkerung weiterhin Sklaven- oder Fronarbeit verrichten musste. Die Unterschiede, die die Basis von Ungleichheit und sozialer Ungerechtigkeit bildeten, nahmen weiter zu.

Eine der von den Spaniern implementierten Machtstrukturen, durch welche die sozioökonomischen Beziehungen mit den indigenen Völkern kanalisiert wurden, war das System der *Encomienda*. Es zielte darauf ab, eine “hybride kulturelle Struktur” zu errichten und damit einen Berührungspunkt zwischen der indigenen Sozialstruktur und den sozioökonomischen Interessen der spanischen Siedler zu finden (Guillén 2008: 52). Die indigenen Gruppen mussten den Spaniern, die sich zu Herren ihres Landes machten, Tribut in Form von Arbeit oder Naturalien zollen, damit sie im Gegenzug das Land bebauen durften und andere “Vergünstigungen” erhielten, die es ihnen ermöglichten, als Gruppe oder Gemeinschaft fortzubestehen. Letztlich legitimierte die *Encomienda* nicht nur die Zwangsarbeit der Indigenen, sondern setzte auch einer traditionellen Gesellschaftsform, die sich nach einer individuellen, der Freiheit verbundenen Logik richtete, ein Ende und sorgte dafür, dass die Indigenen sich relativ rasch mit einer für sie neuen Form des territorialen Verbundes abfinden mussten.

Die in ein politisches und ökonomisches Machtverhältnis eingebettete Beziehung zwischen der indigenen Bevölkerung und den Spaniern fand – ausgelöst von der Forderung nach Rechten der indigenen Bevölkerung – in der Religion ein beschleunigendes Element der gesellschaftlichen Gestaltung, das an das Recht als Garant sozialer Mobilisierung gebunden war.

Mit anderen Worten, die kolumbianische Gesellschaft strukturierte sich nicht von Anfang an aufgrund der schlichten Tatsache einer Begegnung zwischen verschiedenen Gruppen von Menschen, sondern sie war das Ergebnis einer Überlagerung verschiedener Variablen wie Religion, Recht und Wirtschaft.

Die Kolonialisierung hatte katastrophale demografische Folgen. 95% der an der Karibikküste lebenden indigenen Bevölkerung wurden aufgrund der schlechten Behandlung und der Ausbreitung europäischer Krankheiten wie Masern und Pocken eliminiert. Die Konsolidierung des Kolonialregimes führte zu einer noch schnelleren Vermischung der Ethnien. Gegen Ende dieser Phase war weniger als ein Viertel der Gesamtbevölkerung indigen (etwa 1,4 Millionen Menschen) und der Großteil weiß oder mestizisch. Daneben gab es die Nachfahren der aus Afrika als Arbeitskräfte eingeschleppten Sklaven, vor allem an der Pazifik- und Karibikküste (Bushnell 1996: 34-35). Gegen Ende des 18. Jahrhunderts hatte sich die demografische Struktur weiter verändert. Zu dieser Zeit bestand der Großteil der als "weiß" bezeichneten Einwohner aus in der Neuen Welt geborene Kreolen. Wirtschaftliche Aspekte, insbesondere das Thema Steuern, veranlassten sie zu Forderungen nach Unabhängigkeit gegenüber der Kolonialmacht, wohinter jedoch vor allem die Absicht stand, die ökonomische und politische Macht selbst zu kontrollieren. Dafür war es von zentraler Bedeutung, dass die anderen sozialen Klassen unterjocht blieben, woraus sich gleichzeitig ein entscheidender Faktor für die Zunahme der sozialen Ungleichheit ergab.

Die Einrichtung unabhängiger Verwaltungsräte (*juntas autónomas*) in den spanischen Kolonien sollte den Provinzen Neu-Granadas politische und administrative Autonomie gewähren. Sie bildeten die Grundlage dafür, was einige Jahre später – mit der Unabhängigkeit von Spanien und der politischen Selbstverwaltung – die kolumbianische Nation sein würde. Allerdings waren die *juntas*, bevor sie für einen Zusammenschluss aufgrund eines gemeinsamen Anliegens sorgten, auch für die Trennung der Provinzen verantwortlich. Bushnell (1996: 65-72) zufolge war die Schwierigkeit einer politischen Union in Neu-Granada auf folgende Faktoren zurückzuführen:

1. ein ausgeprägter Regionalismus, bedingt durch die isolierte oder getrennte Lage der großen Regionen mit zahlreichen Hindernissen für den Austausch, den Transport und die Kommunikation zwischen ihnen;

2. das Streben nach Autonomie selbst, da es das Ergebnis von Regionalismus und ständigen Konkurrenzkämpfen mit anderen Städten war, zudem auch aufgrund des Eindrucks, von den jeweils anderen nicht als gleichwertig betrachtet zu werden. Viele Städte beschloßen, sich von den Hauptstädten der Provinzen, zu denen sie gehörten, zu lösen, um eine neue Provinz mit sich selbst als Hauptstadt zu gründen;
3. die Nostalgie für die Krone von Seiten einer Gruppe von Städten wie Santa Marta oder Pasto, die auch unter den neuen Gegebenheiten der spanischen Herrschaft treu blieben, weshalb sie sich nicht der Unabhängigkeitsbewegung der anderen Provinzen Neu-Granadas anschlossen.

Ein weiterer für die spezifische Gesellschaftsstruktur Kolumbiens wichtiger Faktor ist die Geographie, insbesondere die Topographie des Landes. Die starke Stellung der Regionen prägte die Gesellschaftsstruktur bereits in der Kolonialzeit. Das Streben nach Unabhängigkeit war eine Angelegenheit der politischen Macht der *juntas autónomas* und in derselben Dynamik eine Konsolidierung der ökonomischen Kontrolle derer, die in der jeweiligen Region die Macht ausübten. Dieses Element des Geografischen, das in Kolumbien erst im 20. Jahrhundert erkannt wurde, bestimmte die Perspektiven der andinen Bergregionen, der Llanos (die östlichen Ebenen bis zur Grenze des heutigen Venezuela), der karibischen und pazifischen Küstenregionen sowie der südlichen Berg- und Urwaldregionen.

Auf die 1810 einsetzenden Unabhängigkeitsbestrebungen folgte nach 1814 die Rückeroberung der amerikanischen Kolonien durch die spanische Krone. Die Organisation der *Provincias Unidas de Nueva Granada* (Vereinigte Provinzen von Neu-Granada) – gegründet 1811 von der aufständischen kreolischen Klasse, um von der spanischen Regierung Steuerbefreiungen und eine Angleichung der restriktiven und segregierenden Gesetze gewährt zu bekommen und die sozialen Bedingungen in Neu-Granada zu verbessern – sorgte für keinen sozialen Zusammenhalt zwischen den verschiedenen Gruppen, aus denen sich zu dieser Zeit das kolumbianische Territorium zusammensetzte. Die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Führern und Gruppen führten dazu, dass der *Pacificador* (Friedensstifter) genannte Pablo Morillo die Kontrolle über sämtliche Provinzen, die sich aufgelehnt hatten und nach Unabhängigkeit strebten, übernehmen konnte. Ein Beispiel für diese internen Auseinandersetzungen

gen war der Konflikt zwischen föderalistischen und zentralistischen Ideen für die Vereinigung Neu-Granadas, das von Camilo Torres (einem Föderalisten) und Antonio Nariño (einem Anhänger des Zentralismus) verkörpert wurde. Auf die Konfrontationen innerhalb der kreolischen Klasse zwischen 1812 und 1814 folgte die blutige Rückeroberung des Gebietes durch die spanische Krone. 1817 hatte der spanische Abgesandte Morillo bereits die *Real Audiencia* in Santa Fe de Bogotá wiedereingesetzt und die meisten Anführer der Unabhängigkeitsbewegung hinrichten lassen.

Eine Folge dieser Entwicklung war der Aufstand verschiedener für die Unabhängigkeit kämpfender Guerillagruppen. Die kreolische Klasse war in ihrem zentralen Anliegen – der politischen und administrativen Beherrschung Neu-Granadas – empfindlich getroffen worden. Die indigene Bevölkerung war wieder der Willkür der Spanier und der kreolischen Klasse ausgeliefert. Möglicherweise führten diese Umstände dazu, dass sich Simón Bolívars Idee, Neu-Granada zu befreien, umso vehementer durchsetzte. Der Beginn dieser neuen Welle von Auseinandersetzungen war gekennzeichnet von den Idealen der Freiheit und der Unabhängigkeit von Spanien, der Abwendung einiger Gruppen von Morillo und dem Treffen dieser Gruppen mit Bolívar in den östlichen Llanos. Erwähnenswert ist, dass die Gruppen, die vor Morillo fliehen konnten, sowohl Kreolen als auch Indigene umfassten, die strukturelle Veränderungen anstrebten. Unter ihnen befand sich Francisco de Paula Santander, der später zu einem der großen Anführer der administrativen politischen Neugestaltung werden sollte.

Das gemeinsame Anliegen der Unabhängigkeit formte eine gesellschaftliche Gruppe, die den Individualismus und die sozialen und klassenspezifischen Differenzen hinter sich ließ; so sehr, dass Bolívars Heer aus Venezolanern, Bewohnern Neu-Granadas (Bauern, Kreolen, Mestizen, Indianern, Schwarzen) und europäischen Freiwilligen bestand. Am 7. August 1819 kam es in der Schlacht von Boyacá zu einem entscheidenden Sieg der Separatisten. Es folgten weitere Siege, bis die Spanier 1821 endgültig geschlagen und vertrieben waren. Im selben Jahr führte Simón Bolívar den Gestaltungsprozess des neuen Landes an, und in Cúcuta wurde eine Verfassung verabschiedet, die alle Regionen und Identitäten vereinen sollte, ohne dabei die Traditionen, Kulturen und Ethnien zu leugnen, die auf dem Gebiet des neuen Staates existierten und die sich bis dahin meist unversöhnlich gegenüberstanden hatten. Gleichzeitig begann sich zu entwickeln, was später die kolumbianische Gesellschaft werden sollte,

die in diesem Moment noch mit der venezolanischen verbunden war. Das neue Staatsgebilde wurde Großkolumbien genannt.

Betrachtet man die von Bolívar und Santander getroffene Entscheidung, so erkennt man, dass die Dynamiken des gesellschaftlichen Zusammenhalts dieselben waren wie zur Kolonialzeit. Das heißt, dass es zwar bezüglich der Struktur keine von den spanischen Eroberern angeführte Hierarchie mehr gab, aber noch immer dieselben vertikalen Unterschiede herrschten, die auf Gründen wie dem Regionalismus, der Kultur, den Traditionen und der ethnischen Zugehörigkeit beruhten. Dies erschwerte nicht nur die Einheit, sondern führte zu einer noch stärkeren inneren Trennung. Obwohl die Idee darin bestand, mittels einer Verfassung und einer Neuordnung, die auf dem Eigenen oder "Kreolischen" beruhte, eine gefestigte Nation zu errichten, wurden die sozialen Bindungen, die sich in den Jahren nach 1821 herauszubilden begannen, von ideologischen Postulaten (wie dem Streit zwischen einem föderalistischen und einem zentralistischen System) und politischen Figuren (wie dem Konflikt zwischen Bolívar und Santander, der sich später zu einem Kampf zwischen den Anhängern Bolívars und denen Santanders entwickelte) untergraben.

Einmal mehr fiel ein wichtiger Moment der gesellschaftlichen Gestaltung in eine Phase der konstitutiven Auseinandersetzungen um die Strukturierung dessen, was die Grundlagen dieses Landes schuf. Zu dieser Zeit drehte sich die Gestaltung des Sozialen nicht mehr darum, welche Klasse die zentralen, mit Spanien verbundenen Aspekte am meisten kontrollierte, sondern darum, wie man mit den konstitutiven Unterschieden eines topographisch so unterschiedlichen Gebiets mit verschiedenen Sichtweisen darüber, was die Einheit beinhaltete und wie man die Regionen für dieses eine Ideal gewinnen konnte, umgehen sollte. Die soziale Ungleichheit war in diesem Moment der kolumbianischen Geschichte kein besonders wichtiges Thema, da es vor allem um die Frage ging, wie man die territorialen, ethnischen, kulturellen und ideologischen Unterschiede organisieren und zusammenführen konnte.

Die Schieflagen, die im 19. Jahrhundert hinsichtlich des Entwurfs des Landes für die Zeit nach der Unabhängigkeit entstanden, brachten neue Unterschiede in der sozialen Pyramide mit sich. Im Laufe des Jahrhunderts festigte sich eine politische und ökonomische Klasse, die das Land und folglich auch die Regionen zu kontrollieren begann. Hinzu kam die Gründung der liberalen (1848) und der konservativen (1849) Partei. Es war der Beginn des Zweiparteiensystems, das die kolumbianische Gesell-

schaft bis 1991, als die neue Verfassung verabschiedet wurde, dominierte. Unter diesen Umständen – in Verbindung mit den Arbeiterkämpfen Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts – veränderte sich die Sozialstruktur des Landes, auch wenn Ungleichheit und soziale Ungerechtigkeit bis zum heutigen Tag weiter zunehmen.

Soziale Konfiguration und Sozialstruktur

Die Risse, die während der Staatenbildung Großkolumbiens entstanden waren, führten nach der Abspaltung von Venezuela und Ecuador, das sich kurz nach dem Kongress von Cúcuta Großkolumbien angeschlossen hatte, zur Auflösung ebendieses Projektes. Das größte Problem war jedoch die Unfähigkeit, ein symbolisches Fundament mit verbindendem Charakter zu schaffen, das stark genug gewesen wäre, einen dauerhaften und stabilen Nationalstaat zu errichten. Betrachtet man beispielsweise den Kongress von Cúcuta – der auf Bolívar und Santander zurückgeht –, so könnte man den Eindruck gewinnen, dass eine Verfassung nicht stark genug war, um die Provinzen zu vereinen, wie es Bolívar in Venezuela und Ecuador und Santander in Neu-Granada noch vermocht hatten. Da das nationale Konstrukt auf starken Persönlichkeiten beruhte, löste sich Großkolumbien 1830, im Jahr nach Bolívars Tod, auf.

Die Ambiguität bei der Konstruktion einer nationalen Identität führte dazu, dass sich nach und nach verschiedene Bevölkerungsgruppen innerhalb des nationalen Territoriums von der nationalen Idee lossagten. Dies lag nicht allein an einem fehlenden Zugehörigkeitsgefühl, sondern auch an der geringen Bedeutung, welche die jeweiligen Regierungen, die vor allem mit technischen und politischen Diskussionen über die Konzentration der Macht beschäftigt waren (Parteienstreit zwischen Liberalen und Konservativen), diesen Bevölkerungsgruppen beimaßen. Diese fatale Dynamik setzte sich bis 1886 fort, als die Republik Kolumbien, wie wir sie heute kennen, gegründet wurde.

Gegen Ende des 19. Jahrhunderts war die kolumbianische Gesellschaft einerseits noch immer stark ländlich geprägt und es hatte kein nennenswerter Fortschritt oder eine stärkere wirtschaftliche Entwicklung stattgefunden – die Mehrheit der Bevölkerung lebte auf dem Land und arbeitete für die Großgrundbesitzer. Andererseits gab es einen ständigen politischen Kampf der traditionellen Parteien um die Macht. Somit lässt sich sagen,

dass in Kolumbien sämtliche notwendigen Faktoren vorlagen, um einen sozialen Notstand oder einen soziopolitischen Konflikt auszulösen; und bedauerlicherweise traten einige Jahre später genau diese Szenarien ein.

Das Ereignis, das die politische Situation eskalieren ließ, war der Rücktritt des liberalen Präsidenten Alfonso López Pumarejo im Jahr 1946 und die anschließende Wahl des Konservativen Mariano Ospina Pérez. In mehreren Regionen (vor allem in den östlichen Llanos) bildeten sich liberale oder andere Guerillas, die zum großen Teil aus armen Bauern bestanden, die von Führern der liberalen Partei gelenkt wurden (Gómez Martínez 2006). Der wesentliche Faktor für die Verlängerung des bewaffneten Konflikts war jedoch die Ermordung von Jorge Eliecer Gaitán am 9. April 1948. Der Vorsitzende der liberalen Partei war Herausforderer von Ospina Pérez bei der Präsidentschaftswahl von 1946 gewesen. Seine Ermordung führte dazu, dass sich der ländliche Konflikt, in dem sich das Land seit den Wahlen von 1946 befand, in die Städte ausdehnte. Damit verbunden erschienen neue Akteure auf der Bühne, die den bewaffneten Konflikt verschärften und noch unübersichtlicher machten, darunter die *Chulavitas*, eine Art paramilitärische Gruppe, die von der konservativen Regierung finanziert wurde, um als Gegengewicht zur liberalen Guerilla zu agieren.

In dieser als *La Violencia* (Die Gewalt) bekannten Zeit kam es zu einer großen Anzahl von Toten und Vertriebenen und einer systematischen Verfolgung aufgrund der ideologischen Gesinnung oder der Präferenz für eine der beiden Parteien. In einer so gewalttätigen Phase, wie sie das Land Mitte des 20. Jahrhunderts erlebte, erwies sich das Fundament der Staatsgründung als unzureichend, da die bereits zu Beginn des Jahrhunderts wegen des ungleich verteilten Landbesitzes ausgeprägte soziale Ungleichheit aufgrund von Vertreibung und Enteignung weiter zunahm. Während der Phase der Gewalt dominierten individuelle Konzepte gegenüber dem Gemeinschaftsgefühl, nicht zuletzt, weil viele Menschen aufgrund eines ideologischen Kampfes, der soziale, kulturelle, traditionelle und ethnische Aspekte umfasste, von den eigenen Freunden oder Nachbarn aus ihren Gemeinden vertrieben wurden.

Trotz der Spaltung des Landes in zwei Lager und der großen sozialen Ungleichheit, die Kolumbien größtenteils als ein "nicht überlebensfähiges" Land erscheinen ließen, endete die *La Violencia* genannte Phase 1958 mit der Präsidentschaft von General Gustavo Rojas Pinilla und seinem Versuch, die liberalen Guerillas der östlichen Llanos mithilfe einer Amnestie, aber auch mit Gewalt aufzulösen (Fals Borda 2005). Allerdings endete

der Konflikt damit nicht und die sozialen Differenzen blieben bestehen. Stattdessen veränderte sich der Konflikt mit dem verstärkten Aufkommen bäuerlicher Bewegungen, die sich rund um den Kampf für die Rechte des Volkes organisierten. Der Angriff auf die Gemeinde Gaitania (im Bezirk Tolima) führte schließlich zur Gründung der *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo* (FARC) im Jahr 1964 (Pizarro 2006).

Soziale Dynamik und bewaffneter Konflikt

Mit der Veränderung des internen Konflikts bis Ende der 1950er, Anfang der 1960er Jahre und der Etablierung einer hauptsächlich aus Angehörigen der unteren Schichten bestehenden Guerilla ohne Parteilinie, deren wichtigste Forderungen die nach einer Bodenreform und die Beseitigung der sozialen Ungleichheit waren – und die damit für einen Großteil der weitgehend bäuerlichen und gegenüber der seit etwa einem Jahrhundert herrschenden, von Parteienstreit gekennzeichneten Regierungsform kritisch eingestellten Gesellschaft sprach –, kam es zu einer Neuordnung der sozialen Strukturen auf dem Land, aber auch zu einer neuen Sichtweise auf die ländliche Situation von Seiten der urbanen Zentren. Die Dynamik des bewaffneten Konflikts hatte verschiedene Ausprägungen. Dazu gehörten illegale Wirtschaftsformen (Drogenproduktion und -handel), Mechanismen der “Selbstverteidigung” seitens der ökonomischen Eliten (Kaufleute, Viehzüchter, Großgrundbesitzer), die der Ursprung der “paramilitärischen Gruppen” waren, Verwerfungen im politischen System aufgrund von Korruption und Klientelismus und ein durch ökonomische Unterschiede und soziale Ungerechtigkeit und Ausgrenzung zerstörtes soziales Gefüge.

2002 präsentierte das *Centro de Investigación y Educación Popular* (CINEP) die Ergebnisse einer Untersuchung, die die akademische Studiengruppe “Sozialer Konflikt und Gewalt” in ihrem Text *Politische Gewalt in Kolumbien. Von der geteilten Nation zur Staatenbildung* vornahm. Wir zitieren nachfolgend einen Auszug, der die Aussagen des Textes verdeutlicht:

Die unterschiedlichen Formen der Gewalt in Kolumbien sind sowohl auf gesellschaftliche Prozesse seit den sechziger Jahren als auch auf neuere Umstände zurückzuführen. a) Durch die Art und Weise, wie sich das Land seit der spanischen Kolonialzeit besiedelte und seine ökonomische und soziale Struktur herausbildete, wurde die Grundlage für ein Landproblem geschaffen, das bis

heute nicht gelöst ist. b) Das Fortbestehen des Landproblems beruht größtenteils darauf, wie sich der kolumbianische Staat vor dem Hintergrund der politischen Struktur der Kolonie entwickelte und wie die verschiedenen Versuche, einen modernen Staat zu errichten, größtenteils gescheitert sind. Diese Unfähigkeit drückt sich in der Schwierigkeit aus, politische Strukturen zu schaffen, die die jüngsten Veränderungen der kolumbianischen Gesellschaft und die ewigen Probleme der Landbevölkerung, vor allem in den geringer besiedelten Gebieten, widerspiegeln. Die allmähliche und stufenweise Eingliederung neuer Gebiete und Bevölkerungsgruppen in die Gesamtheit des nationalen Lebens, die das Ergebnis eines ununterbrochenen Besiedlungsprozesses im Laufe der Jahrhunderte war, hat zu einer Differenzierung der Beziehung zwischen den Staatsapparaten und den verschiedenen Regionen geführt. Diese Beziehung variiert sowohl räumlich als auch zeitlich und folgt unterschiedlichen politischen Logiken, entsprechend des Grades, in dem die Präsenz der Staatsapparate nationaler Ordnung durch lokale und regionale politische Gruppen vermittelt wird, die mit dem Zweiparteiensystem verbunden sind (González/Bolívar/Vázquez 2002: 43-44).

Weitere Faktoren, die sich auf die Entwicklung der Sozialstruktur auswirkten, waren: die Auswirkungen der Gewalt in den fünfziger Jahren; das politische Regime der Nationalen Front (*Frente Nacional*), das die politische Äußerung von Konflikten zwischen gesellschaftlichen Gruppen verhinderte, da die Macht ausschließlich bei den zwei traditionellen Parteien (Liberales und Konservative) lag; die rasante Verstädterung und die jahrzehntelange Landflucht, die die Fähigkeiten des Staates überstiegen, angemessene öffentliche Leistungen zur Verfügung zu stellen; die Überforderung der nationalen Industrie mit der Herausforderung, die herbeiströmenden Arbeitskräfte aufzunehmen; der Einfluss neuer Denkweisen in den 1960er Jahren, die zu säkularen Tendenzen innerhalb der Mittel- und Oberschicht führten; die Verbesserung des Bildungswesens; das Aufkommen einer neuen Mittelschicht; die Veränderung der Rolle der Frau in der Gesellschaft sowie neue kulturelle Bezugspunkte (die USA und der sozialistische Block) für die Steuerung der gesellschaftlichen Prozesse.

Schließlich führten das Aufkommen des Drogenhandels und seine rasche Durchdringung der gesamten Gesellschaft zu einer Dynamik der Suche nach dem "schnellen Geld", um grundlegende Bedürfnisse zu befriedigen (vor allem bei den unteren Schichten), aber auch, um einen besseren wirtschaftlichen Status zu erreichen. Diese Entwicklung führte auch zu einem Wandel der Guerillas, die ihre Strategie verstärkt auf den Ausbau der territorialen Kontrolle und den Drogenhandel ausrichteten, zu einem Aufkommen paramilitärischer Gruppen und rechtsextremer Bür-

gerwehren und zu einem allgemeinen Legitimationsverlust des politischen Systems (González/Bolívar/Vásquez 2002). All dies lässt die Komplexität des Konflikts und die spezifischen Eigenschaften der Sozialstruktur eines durch hohe Niveaus von Ungleichheit und einen Gewaltkonflikt geprägten Landes erahnen. 2014 stellte Fernán González eine Studie vor, in der er die unterschiedlichen Formen des bewaffneten Konflikts und dessen Ursachen analysierte. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Gewaltphänomene in Kolumbien eine vielschichtige, sich gegenseitig beeinflussende Erklärung haben und sowohl auf strukturelle als auch auf subjektive Faktoren zurückzuführen sind:

Die strukturellen Elemente sind:

- a. Die soziale Struktur der Regionen, ihre Bevölkerung und der Zusammenhang mit einem nie umgesetzten Agrarprogramm.
- b. Die territoriale und politische Integration der Regionen und ihrer Bewohner durch das politische Zweiparteiensystem.
- c. Die sozialen Spannungen und Widersprüche als Folge der beiden vorherigen Prozesse und die Unfähigkeit des Regimes, angemessene Lösungen zu finden.

Die subjektiven Faktoren sind:

- a. Die Art und Weise, wie diese Spannungen von einzelnen Personen und Gruppen interpretiert werden.
- b. Die Bewertung der Spannungen entsprechend den jeweiligen Denkweisen.
- c. Prädispositionen und ideologische Grundeinstellungen, die zu Optionen und Entscheidungen im Hinblick auf die derart diagnostizierte Situation führen (González González 2014: 27).

Die Realität des bewaffneten Konflikts lässt sich nicht verstehen ohne eine Betrachtung der sozialen und ökonomischen Unterschiede, die den Konflikt zwischen den verschiedenen sozialen Sektoren – inmitten der politischen, ökonomischen und territorialen Kontrolle einiger weniger Sektoren über die Mehrheit der bäuerlichen, indigenen, afrikanischstämmigen und einkommenschwachen Bevölkerung – verstärkt haben. Hinzu kommt die Art und Weise, wie der kolumbianische Staat mit diesen Auseinandersetzungen umging.

Die kolumbianische Sozialstruktur heute

Die heutige kolumbianische Sozialstruktur ist weiterhin stark durch Gruppenzugehörigkeiten geprägt. In einigen Regionen leben indigene und afrokolumbianische Gruppen, in anderen Nachfahren europäischer und asiatischer Einwanderer und solcher aus dem Mittleren Osten, die im 19. und 20. Jahrhundert ins Land kamen. Hinzu kommen besondere Faktoren, die die Ungleichheit als ein entscheidendes Element der sozialen Komplexität definieren. Die lange Zeit des Konflikts und der Gewalt, die das Land erlebt hat, hinterließ eine von ökonomischer, sozialer, kultureller und politischer Ungleichheit geprägte Sozialstruktur. Dies gilt auch für die soziale Umstrukturierung der wichtigsten Städte in den vergangenen 30 Jahren, ausgelöst durch das Phänomen der inneren Vertreibung infolge des Konflikts.¹ Unzählige bäuerliche, indigene und afrokolumbianische Familien mussten ihre angestammten Territorien verlassen angesichts der Angriffe, denen sie sich von Seiten der diversen gewalttätigen Gruppen jenseits des Gesetzes ausgesetzt sahen.²

Auf diese Weise vereint die kolumbianische Sozialstruktur soziologische Elemente der Demografie, die mit den unterschiedlichen Territorien und ethnischen Ursprüngen zu tun haben, aber auch ökonomische und politische Elemente umfassen, die das Muster der Ungleichheit kennzeichnen. Mit einem Gini-Koeffizienten von 0,52 % gehört Kolumbien weltweit zu den Ländern mit der ungerechtesten Einkommensverteilung. Hinzu kommen andere Faktoren, die die Ungleichheit sogar noch stärker widerspiegeln: die ungleiche Verteilung des Landbesitzes und folglich die Abhängigkeit eines hohen Prozentsatzes der Bevölkerung von denjenigen, die sich im Besitz des Landes befinden, meist Großgrundbesitzer.

Laut dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (*Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo*, PNUD) belegte Kolumbien 2014 den 14. Platz von 134 bewerteten Ländern, was die Ungleichheit betraf (PNUD 2015). Was die sogenannte multidimensionale Armut betrifft (bei

1 Im September 2015 veröffentlichte das *Centro Nacional de Memoria Histórica* (CNMH) den Text "Una nación desplazada: Informe Nacional del desplazamiento en Colombia" (Eine vertriebene Nation: Nationaler Bericht über die Vertreibung in Kolumbien), in dem es heißt, dass die Zahl der vertriebenen Kolumbianer sich auf fast sechs Millionen beläuft (CNMH 2015).

2 Bis Ende Februar 2017 haben laut dem *Registro Único de Víctimas del Gobierno Nacional* insgesamt 8.048.252 Kolumbianer unmittelbar unter den Folgen des bewaffneten Konflikts gelitten (<<http://rni.unidadvictimas.gov.co/RUV>>, 28.2.2017).

der Faktoren wie Bildung, Gesundheit, Zugang zum Arbeitsmarkt, etc. gemessen werden), waren 2014 21,9 % der Bevölkerung arm, etwas weniger als 2013 (24,8 %). Auch wenn die Zahlen einen leichten Rückgang der Armut oder eine Verbesserung der Lebensbedingungen der am stärksten betroffenen Bevölkerungsschichten zeigen, gibt es bestimmte Aspekte der kolumbianischen Wirklichkeit, die sich nicht leugnen lassen. Sozialprogramme der Regierung, die dazu beitragen sollen, die Situation der ärmsten Bevölkerungsschichten zu verbessern, können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die öffentliche Wohlfahrt die Wurzeln der Ungleichheit nicht beseitigen kann.³ Das belegen auch die Untersuchungen der *Comisión Económica para América Latina y el Caribe* (CEPAL), wonach in Kolumbien zwischen 1993 und 2014 das reichste Prozent der Bevölkerung den im lateinamerikanischen Vergleich höchsten Anteil am Nationaleinkommen hatte.

Die Zahlen zeigen, was die Realität in einer Dynamik der „komplementären Gegensätze“ verstärkt und negiert. Es gibt eine „positive Entwicklung“ der Wirtschaft, aber dies führt nicht zu einer Reduzierung der sozialen Ungleichheit. In den meisten Städten und ländlichen Regionen lässt sich ein hoher Grad an Ungleichheit ausmachen. Nicht selten liegen Gebiete mit einem mittleren oder hohen sozialen Niveau direkt neben solchen, die sich durch große Armut, Unterernährung und Hunger auszeichnen. Die für die lateinamerikanischen Städte typischen sozialen Gegensätze und daraus resultierende Phänomene wie Misstrauen, Aggression und Gewalt sind auch Kolumbien nicht fremd.

Die kolumbianischen Städte teilen die verschiedenen Sektoren und/oder Stadtviertel in sogenannte *estratos* (Schichten) ein, um sie hinsichtlich der Besteuerung, der Zahlung öffentlicher Leistungen und der „urbanen Organisation“ sozial zu klassifizieren; Schicht 1 ist die mit dem geringsten sozioökonomischen Niveau, Schicht 6 die mit dem höchsten. Der Steuersatz und die Auszahlung öffentlicher Dienstleistungen hängen von der Einordnung in dieser Skala ab. Auf den ersten Blick scheint dies eine gerechte Lösung zu sein, die allen Bürgern den gleichen Zutritt zur öffentlichen Sphäre ermöglicht, doch sie stellt eine soziologische Betrachtung dar,

3 Die kolumbianische Regierung hat unter anderem folgende Programme in die Wege geleitet: „Más Familias en Acción“ (Mehr Familien in Aktion), „Jóvenes en Acción“ (Jugendliche in Aktion), „Adulto Mayor y Primera Infancia“ (Ältere Menschen und Kleinkinder) und verschiedene staatliche Sozialprojekte. Diese Programme werden vom *Departamento para la Prosperidad Social* (DPS, Abteilung für sozialen Wohlstand) geleitet (<<http://www.prosperidadsocial.gov.co/Paginas/Inicio.aspx>>, 30.9.2016).

nach der eine bestimmte Gruppe nach ihrem Viertel verortet und in Bezug auf die Ungleichheit als “die Anderen” wahrgenommen wird. Es ist eine Art der Organisation, die genauso erhellend wie verschleiern ist.

Fazit

Die Darstellung hat gezeigt, dass die kolumbianische Sozialstruktur stark durch die Geografie des Landes, die verschiedenen Regionen und kulturellen Identitäten geprägt ist. Hinzu kommen Faktoren wie der bewaffnete Konflikt, die Gewalt und der Drogenhandel. Die Wechselwirkungen zwischen Sozialstruktur, kultureller Vielfalt und sozialer Ungleichheit sind geprägt durch historische Elemente und zeitgenössische Dynamiken. Die Ungleichheit durchdringt die Gesellschaft horizontal und vertikal und bedingt die Sozialstruktur des Landes. Der menschliche, kulturelle und natürliche Reichtum hat ironischerweise genauso zu Ungleichheit, was die Gestaltung und Besiedlung der verschiedenen Regionen des Landes betrifft, wie zu Dynamiken der Konfrontation geführt, die auf dieselbe ungleiche sozioökonomische und politische Struktur zurückzuführen sind, die die Gestaltung des heutigen Kolumbien hinsichtlich des Sozialen und Plurikulturellen charakterisiert hat. Daher dieser imaginäre, aber wirkliche Ort, den Gabriel García Márquez erschuf und der eine Identität widerspiegelt, in der sich das Mögliche und Unmögliche in den Besonderheiten seiner Bewohner vermengen: Macondo. Faszinierend vielfältig, vor allem in sozialer Hinsicht, kommt die Pluralität in jedem Winkel zum Ausdruck. Aber die mögliche Realität wird konstruiert durch die Ungleichheit inmitten dessen, was unreal zu sein scheint: die Gleichheit. Aber dann wäre es plötzlich nicht mehr Macondo. Das ist das heutige Kolumbien.

Macondo war Dorf, staubige Straßen, nackte Kinder mit Hungerbäuchen, Sintfluten, Plagen, fiebrige Schlaflosigkeit, wahnhafte Träume von Wohlstand. “Macondo schien in einem Wirtschaftswunder Schiffbruch zu erleiden. [...] Von José Arcadio Buendías altem Flecken waren damals nur die bestaubten Mandelbäume übrig geblieben, dazu bestimmt, den widrigsten Umständen zu widerstehen, sowie der Fluss mit seinem durchscheinenden

Wasser, dessen prähistorisches Geröll von José Arcadio Segundos wahn-sinnigen Eisenhammerhieben zersplittert wurde, als dieser beschloss, das

Flussbett für einen Schiffahrtsdienst freizulegen”
(Fernando Araújo Vélez, *El Espectador*, 21.4.2015).

Literaturverzeichnis

- ARAÚJO VÉLEZ, Fernando (2015): “Macondo, el lugar de todas las cosas”. In: *El Espectador*, 21.4.2015.
- BUSCHNELL, David (1996): *Colombia: una nación a pesar de sí misma*. Bogotá: Planeta.
- CNMH (Centro Nacional de Memoria Histórica) (2015): “Una nación desplazada. Informe nacional del desplazamiento forzado en Colombia”. Bogotá: CNMH, <<http://www.centrodememoriahistorica.gov.co/descargas/informes2015/nacion-desplazada/una-nacion-desplazada.pdf>> (30.9.2016).
- FALS BORDA, Orlando (2005): *La Violencia en Colombia*. Bogotá: Taurus.
- GAMBOA, Jorge (2013): *La expedición de Gonzalo Jiménez de Quesada por el río Magdalena y el origen del Nuevo Reino de Granada (1536-1537)*. Banco de la República, <<http://www.banrepcultural.org/blaavirtual/revistas/credencial/julio-2013/quesada-rio-magdalena>> (20.2.2016).
- GÓMEZ MARTÍNEZ, Eugenio (2006): “La Guerrilla Liberal”. In: *Credencial Historia*, 202, <<http://www.banrepcultural.org/blaavirtual/revistas/credencial/octubre2006/guerrilla.htm>> (20.2.2016).
- GONZÁLEZ GONZÁLEZ, Fernán (2014): *Poder y Violencia en Colombia*. Bogotá: Observatorio Colombiano para el Desarrollo, la Convivencia Ciudadana y el Fortalecimiento Institucional (ODECOFI)/Centro de Investigación y Educación Popular (CINEP).
- GONZÁLEZ, Fernán/BOLÍVAR, Ingrid/VÁSQUEZ, Teófilo (2002): *Violencia política en Colombia. De la nación fragmentada a la construcción de Estado*. Bogotá: Centro de Investigación y Educación Popular (CINEP).
- GUILLEN MARTÍNEZ, Fernando (2008): *El poder político en Colombia*. Bogotá: Planeta.
- IRVING, Washington (1864): *Vida y viajes de Cristóbal Colón*. <<http://www.banrepcultural.org/sites/default/files/brblaa1052529.pdf>> (6.3.2016).
- PIZARRO, Eduardo (2006): “Marquetalia: el mito fundacional de las Farc”. <<http://historico.unperiodico.unal.edu.co/ediciones/57/03.htm>> (13.3.2016).
- PNUD (Programa de las Naciones Unidas para el Desarrollo) (2015): “Informe sobre Desarrollo Humano 2015”. Trabajo al servicio del desarrollo humano. New York: PNUD.